

Medienmitteilung 3 / 2017

Thema	Sanierungsmassnahmen 2018
Rückfragen	Sander Mallien (sander.mallien@grunliberale.ch ; Tel. 079 403 41 00)
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau eMail: ag@grunliberale.ch www.ag.grunliberale.ch
Datum	17.02.2017

Mit Bedauern nimmt die glp zur Kenntnis, dass der Regierungsrat im Anhörungsbericht „Sanierungsmassnahmen 2018“ unter dem Titel „Handlungsbedarf“ die Probleme/Ursachen zwar richtig erkannt und benannt hat, bei den Lösungsvorschlägen aber ganz und gar nicht bei diesen Ursachen ansetzt. Besonders ärgerlich finden wir das, weil die glp bereits seit 2013 darauf drängt, mit Lösungsvorschlägen bei den Ursachen anzusetzen. Die glp gibt an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck, dass die gemachten Versprechungen eingehalten werden und künftige Massnahmen eine nachhaltige Entlastung des Staatshaushaltes bringen.

Im Einzelnen kann die geplante (rund 70%bis 83% betragende) Lastenverschiebung auf Folgejahre (S18-410-1) nicht unterstützt werden, genau so wenig wie die (für den Kanton betragsmässig unbedeutenden) „Einsparungen“ zu Lasten der sozial schwächeren Mitbewohner. Die Massnahmen "Reduktion der persönlichen Auslagen bei Personen in stationären Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderungen" und "Reduktion der persönlichen Auslagen bei Personen in stationären Pflegeeinrichtungen oder Spitälern" halten die Grünliberalen für absolut unwürdig.

Der glp ist es nach wie vor ein Anliegen, die angeäuften Schulden nicht den kommenden Generationen aufzubürden. Eine moderate Steuererhöhung erachten wir nach wie vor als unumgänglich und ehrlicher, als dieses Verschieben von Lasten auf die untere Ebene (Gemeinde) bzw. auf der Zeitachse. Dies zumindest bis die angekündigten Reformen Wirkung zeigen.